

## Stellungnahme zum Bürgerbegehren gegen und der Berichterstattung zu MoVe 35

In Ihrer Ausgabe vom 08.08.2023 schreibt die Oberhessische Presse (OP), es gäbe auffällig wenig Unterstützung für MoVe 35 aus der Aktivistenszene. Lediglich die BI Verkehrswende und das Klimabündnis hätten bisher die Umsetzung des Konzepts gefordert.

Hierzu stellt der BUND Ortsverband Marburg fest: Die OP hat offenbar kein realistisches Verständnis von der "Aktivistenszene" und unterschätzt damit die Breite der Unterstützung ganz massiv. Wir verstehen uns als Teil des Klimabündnis, in dem viele Marburger Klimainitiativen zusammengeschlossen sind. Dieses Bündnis, und damit u.a. Attac, Greenpeace, Naturfreunde und MakeDamageVisible, fordert eine zügige Umsetzung von MoVe 35. Wir betrachten die im Rahmen des Konzepts vorgesehenen Maßnahmen als das absolute Minimum dessen, was passieren muss, damit Marburg im Verkehrssektor dem Ziel der Klimaneutralität bis 2030 näher kommen kann. Darüber hinaus werden sie dazu beitragen, Marburg zu einer menschengerechten Stadt mit einer hohen Aufenthalts- und Lebensqualität zu formen.

Um den Ausgang des Bürgerbegehrens sind wir kaum besorgt, weil wir die Ideologie der autogerechten Stadt nur noch in den alten Seilschaften sehen, die ihren Profit aus schädlichen Aktivitäten ziehen oder sich einreden lassen, ihre Existenz hinge davon ab. Vielmehr ist ein Grund zur Sorge, dass Unterschriften mit bewusst falschen Aussagen eingeworben werden und die lokale Presse sich erkennbar schwer tut, objektiv und ausgewogen zu berichten. Die Information über MoVe35 ist öffentlich, leider mehr als 250 Seiten umfassend und daher nicht im Twitter-Format zu vermitteln. Das darf aber für Journalisten kein Hindernis sein. Ein weiterer Grund zur Sorge ist der Missbrauch dieses Projekts zu Wahlkampfzwecken. Alle Fraktionen des Stadtparlaments waren Teilnehmer der MoVe35-AG und dadurch gut informiert, was die gespielte Überraschung praktisch ausschließt. Es wäre damit Aufgabe auch der Initiatoren des Bürgerbegehrens gewesen, ihre "Kundschaft" wenigstens auf die öffentlich verfügbaren Informationen hinzuweisen. Stattdessen fallen ihnen zur Marburger Verkehrsproblematik nur die immer gleichen Rezepte aus der Mottenkiste ein – letztlich noch mehr Straßen, die noch mehr Verkehr erzeugen würden und aus Klimaschutzsicht kontraproduktiv wären.

Die ganze Absurdität des Bürgerbegehrens zeigt sich schon darin, dass es eine Neuentwicklung der Einzelmaßnahmen „**auf Basis des durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Zielsystems**“ fordert. Dieses Zielsystem beinhaltet aber bereits ausdrücklich die Reduktion des PKW-Verkehrs auf möglichst die Hälfte. Es ist also völlig schleierhaft, warum eine Neuentwicklung der Maßnahmen den von den Betreibern sogenannten „diabolischen Kulturkampf gegen das Auto“ beenden sollte. Kurzum: es handelt sich um eine leicht durchschaubare Verzögerungstaktik und ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver der beteiligten Parteien.

Wir fordern den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung auf, sich nicht beirren zu lassen und zügig mit der Verabschiedung und Umsetzung der Einzelmaßnahmen zu beginnen. Bis 2030 sind es nicht einmal mehr sieben Jahre, und es gibt noch viel zu tun.

Für den BUND Ortsverband Marburg



Ingmar Kirck